

Umweltschutz und Menschenrechte unter Beschuss

Von Pia Hecher

Wird Klimaschutz weltweit abgewählt? Gemeinsam mit der Dreikönigsaktion, dem Hilfswerk der Katholischen Jungschar, veranstaltete WIDE am 20. November 2017 eine Podiumsdiskussion über nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit.

In dem von der renommierten ORF-Journalistin Renata Schmidtkunz moderierten Gespräch kamen drei Umweltaktivistinnen mit feministischem Hintergrund aus drei Kontinenten zu Wort: Moema Miranda, Donna Andrews und Tessa Khan. Das Gespräch entwickelte sich dank der anregenden Moderation von Renata Schmidtkunz sehr schnell zu einer inspirierenden Reflexion über elementare Fragen zu Umwelt und Entwicklung.

Moema Miranda ist Sozialanthropologin und derzeit Koordinatorin des „People’s Dialogue“ in Brasilien, einer Initiative, die ins Leben gerufen wurde, um südamerikanische und afrikanische Organisationen miteinander zu vernetzen. Donna Andrews ist politische Ökonomin und leitende Forscherin für Nahrungspolitik am „Centre for Excellence in Food Security“ bei Kapstadt in Südafrika; sie arbeitet mit Frauen-Basisinitiativen und bezeichnet sich als radikale afrikanische Öko-Feministin. Tessa Khan ist internationale Menschenrechtsanwältin, die unter anderem für das „Asia Pacific Forum on Women, Law and Development“ in Thailand aktiv war und sich heute als Mitbegründerin des „Climate Litigation Network“ weltweit für Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte einsetzt.

„Umweltrechte dürfen nicht nach dem Komma stehen!“ (Moema Miranda)

Alle drei Aktivistinnen prangerten an, dass Umweltschutz im Namen der Entwicklung zunehmend links liegen gelassen wird. Sie verkörpern selbst den Widerstand gegen einen sexistischen und umweltschädlichen Backlash, der von Machthabern wie US-Präsident Donald Trump betrieben wird. Moema Miranda arbeitete heraus, dass im Namen unkontrollierten wirtschaftlichen Fortschritts weltweit „aufgegebene Zonen“ entstehen. Tessa Khan erklärte, dass internationale Abkommen, welche Regierungen freiwillig unterschreiben, nicht ausreichend seien, um die Umwelt zu schützen. Weil internationale Umweltvereinbarungen für Khan bisher eine Liste gebrochener Versprechen darstellen, ziehe sie vor Gericht, um von Regierungen Rechenschaft zu fordern. „Ich bin nie davon ausgegangen, dass die Achse des Fortschritts linear wäre“, so Khan. Im Kontext eines politischen Backlashs, in dem Umweltschutz an Bedeutung verliert – wie in Österreich etwa anhand der dramatischen Wahlniederlage der Grünen ersichtlich wurde – ist der Einsatz von Aktivist*innen wichtiger, aber auch riskanter, denn je.

Umweltaktivist*innen zunehmend in Gefahr

Der Spielraum für Menschenrechts- und Umwelt-Aktivist*innen wird immer kleiner. Die Sprecherinnen des Abends spüren tagtäglich die Verletzlichkeit ihrer Rechte. 2016 wurden mehr Umweltschützer*innen als je zuvor ermordet – ein Beweis dafür, dass Menschen- und

Umweltrechte eng miteinander verflochten sind. In Zimbabwe wurden vor Kurzem Umweltschützer*innen, die an einem Treffen zu handwerklichem Bergbau, das vom People's Dialogue organisiert wurde (dieselbe Initiative, die Miranda in Brasilien koordiniert), verhaftet. „Jedoch gibt es eine Vielzahl an Übergriffen und Rechtsverletzungen, bevor es zu einem Mord kommt“, merkte Miranda an. Beispielsweise wird diffamiert und durch Klagen ökonomischer Druck auf NGOs ausgeübt, wie im Fall des Öl- und Gas-Unternehmens ‚Energy Transfer Partners‘, das hinter dem Bau der ‚Dakota Access Pipeline‘ steht, welches Greenpeace gerade „Terrorismus“¹ vorwirft. Derartige Vorwürfe seien ein effizienter Mechanismus für manche Unternehmen, um die Opposition zum Schweigen zu bringen und Bürgerrechte einzuschränken, so Menschenrechtsanwältin Khan.

Feministische Perspektiven

Der politische Kampf für Gleichstellung findet auf unterschiedlichen Ebenen, die nicht voneinander unabhängig sind, statt. Als Moema Miranda erklärte, sie sei zunächst nicht geschlechtlicher, sondern sozialer Gerechtigkeit wegen politisch aktiv geworden, erwiderte Donna Andrews zu Recht: „Es gibt keine ‚Linke‘ ohne Feminismus“. Denn der Einsatz für Emanzipation unterschiedlicher Klassen, Geschlechter und Ethnien sei intersektional, wie beispielsweise anhand der Lebensgeschichte von Andrews zu erkennen ist: Ihre Familie stammt aus Südafrika, die Großmutter war noch gezwungen, im Apartheid-System der weißen Elite zu dienen. Als radikale afrikanische Ökofeministin kämpft sie heute für Gerechtigkeit auf einer Vielzahl von Ebenen. Weil Begriffe wie Gleichheit oder Feminismus mit der Zeit jedoch an Bedeutung verlieren, müssten wir uns laut Andrews auf die folgende Frage besinnen: „Wie können wir die Welt, in der wir leben, zum Positiven verändern, sodass gleichberechtigte Autonomie für alle herrscht?“

Entwicklungsansätze überdenken

Kern der Diskussion bildete der Begriff der ‚Entwicklung‘. Miranda rechnet ab mit den Vorstellungen in Bezug auf Entwicklung aus Sicht der Kapitalisten: „Das Versprechen, dass nach einer Phase des Wirtschaftswachstums jede/r davon profitieren wird, ist eine Illusion. Seit den 1970er Jahren haben wir eine Explosion der Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden erlebt.“ Moderatorin Renata Schmidtkunz wies darauf hin, dass Regierungen im Namen wirtschaftlicher Entwicklung oftmals den Abbau sozialer Gleichheit als einzige Option präsentieren. Soziale Gleichheit wird nicht durch unkontrolliertes Wachstum geschaffen, so Khan. Mit der Frage, „Wie re-imaginieren wir kollektiv, was der Begriff ‚Entwicklung‘ bedeutet hat?“, wandte sich Andrews an das Publikum. Sie wies darauf hin, dass der Begriff auch einmal ein Gleichheitsversprechen beinhaltet hatte. Doch für die Aktivistinnen, die allesamt aus Ländern mit einer kolonialen Vergangenheit stammen, liegt auf der Hand, dass ‚Entwicklung‘ oftmals für politische Zwecke missbraucht wird. Für Sozialanthropologin Miranda, die sich mit der indigenen Bevölkerung Brasiliens beschäftigt hat, ist klar: Nachhaltige Entwicklung erfordert unterschiedliche Ansätze an unterschiedlichen Orten. Indigene und nicht-westliche Gesellschaften weltweit müssen die Möglichkeit haben, die Art und Weise von Entwicklung mitzugestalten.

¹ Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article168265358/Amerikanische-Konzerne-greifen-Greenpeace-an.html> (03/12/17)

Eine Politik der Liebe und der Suffizienz

Entgegen der Behauptung, dass indigene Völker ‚rückständig‘ seien, erklärte Miranda, dass ‚moderne‘ Gesellschaften in Hinsicht auf Umgang mit der Natur viel von ebendiesen lernen könnten. Aktuelle Bemühungen von Konzernen, den Klimawandel als kein reelles Problem zu präsentieren, würden Teil einer auf Profitmaximierung gerichteten Wirtschaft bilden, die keine Rücksicht auf soziale und umweltbedingte Verluste nimmt. „Krieg gegen die Erde bedeutet jedoch Krieg gegen die Menschheit“, so Moema Miranda.

Tessa Khan führte aus, dass soziale Gleichheit nur erreicht werden kann, wenn Individuen und Gesellschaften sich vernetzen, anstatt atomisiert zu handeln. „Wir (im Westen) können Ungleichheit nur auslagern, weil wir voneinander entfremdet sind“.

Mit einem leidenschaftlichen Plädoyer beendete Donna Andrews die Diskussion: „Ich plädiere für eine Politik der Liebe, denn Liebe ist die rationalste Sache der Welt. Entfremdung und die Idee, dass Wachstum die einzige Lösung sei, sind irrational. Wir sollten *diese* Irrationalität analysieren, nicht jene der Liebe. Liebe bedeutet, dass wir nicht entfremdet sind, dass wir uns um andere kümmern! Das neoliberale System, in dem wir leben, ist von einer Logik der Effizienz getrieben, die wir durch eine Logik der Suffizienz ersetzen müssen. Wir sollten uns fragen: Was ist für ein gutes Leben ausreichend?“

Autorin: Pia Hecher

Veröffentlicht am 18.12.2017 auf www.wide-netzwerk.at

© WIDE